

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der dgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
des Frauen- und Jugendblattes einjährig 2.70, unter Kreuzband ins Deutschland und
zu Post bezogen vierjährig 10.20, unter Kreuzband ins Deutschland und
Ungarn 12.50. Erhöht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, L. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1763.
Vertrieb: täglich von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltige Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 48.

Dresden, Sonnabend den 27. Februar 1909.

- 20. Jahrg.

Wieder eine Schwenkung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Die Zerknirschtheit in Sachen der Reichsfinanzreform
immer größer. Nachdem die Agrarier sich mit dem Zentrum
auf das sogenannte Kompromiß vereinigt hatten, schien
bis sollte der Block endlich an seiner inneren Verlogenheit
unde gehen. Im Hochgefühl ihrer mächtigen Demonstrationen
während der letzten Wochen hatten die Agrarier ihre
Beratungen bis auf das äußerste ausgedehnt: keine Nachfah-
rer, kein Erbrecht des Staates, keine direkte Besteuerung des
Einkommens und des Vermögens durch das Reich, sondern
eine Erhöhung der Matrilinearbeiträge und ein un-
bestimmtes Versprechen, in einigen Jahren den
nach einer rechtlichen Regelung der Ausbringung dieser
Matrilinearbeiträge zu machen. Dazu — vor allem — die
Erhöhung der Hauptlast in Form von indirekten Steuern
die minderbemittelten Volksschichten, deren Konsum man
Kopf mit 6 bis 7 M. zu besteuern gedachte. Niemand
den diese Pläne lieber sein, als dem Zentrum; denn ein-
facher ist es damit die agrarischen Elemente in den eigenen
Lagern noch fester als bisher an seine Fahnen und sodann
es wieder an der Seite der konservativen Partei in die
Lager der regierenden Partei ein, was ihm die Möglichkeit
durch einige sozialpolitische Kleinigkeiten den Unwillen der
Agrarier über die indirekten Steuern zu dämpfen.
Aber bei aller Klugheit scheinen doch die Führer des
Zentrums in diesem Falle etwas zu stürmisch vorgegangen zu
sein. Sie beachteten nicht, daß der entschlossene Widerstand
Einzelstaaten, vor allen Preußens, gegen eine Erhöhung
Matrilinearbeiträge sehr ernsthafter Natur ist; die Einzel-
staaten würden tatsächlich vollkommen zerrütet wer-
den, wenn die Matrilinearbeiträge auf 150 Millionen Mark
Jahre anheben sollten. Und noch etwas anderes kam
in Betracht, was die Zentrumsführer nicht beachtet hatten. Das ist
ein unwiderstehliches Element, ein Stimmungswandel in
den sogenannten „maßgebenden Kreisen“, hervorgerufen durch
allgemeine Auftreten unwissender Junker in der Ver-
mittlung der Wirtschaftsreform. Nicht als ob dadurch die
Agrarische Grundrichtung der Regierung verändert würde; da-
für kann gar keine Rede sein. Aber es gibt immer Nuancen
der Beziehung einer Regierung und in der praktischen Aus-
führung einer bestimmten Politik. Besonders der preussische
Minister Delbrück hat sich in den letzten Tagen mit
einer mißverständlichen Deutlichkeit über die Flegelien aus-
gesprochen, denen Adolf Wagner bei den „Wirtschafts-
tagungen“ entgegen war. Wir haben guten Grund anzu-
nehmen, daß er mit dieser Meinung im Kreise seiner Kollegen
nicht allein stand. Das Zentrum ahnte von diesem Stin-
gungswandel nichts, als es eilig auf eine Vereinigung mit
den konservativen Sozialisten, die, wie die Dinge nun ein-
gehen, nur unter Zerstörung des Blocks zusammen
kommen.

Schon am Donnerstag abend verbreitete sich im Parla-
ment das Gerücht, daß die auf Freitag angelegte Verhandlung
Steuerkommission vertagt worden sei, weil man mit der
Möglichkeit einer neuen Kombination rechnen müsse.
Es ist dann im Verlauf des Freitags zur Tatsache geworden.
Der ganze Tag über konferierte der Reichskanzler mit
den Führern der Blockparteien. Am Nachmittag
sahen die Vertreter der Bundesstaaten zusammen, um eben-
falls mit dem Kanzler die Lage zu besprechen. Während wir
die Seiten schreiben, liegen noch keine Meldungen über die
gültigen Ergebnisse dieser Verhandlungen vor; aber soviel
ist immerhin, unter Vorbehalt leichter Korrekturen, mitgeteilt
worden, daß die Regierung doch noch einen Versuch machen
wird, den Block aufrecht zu erhalten und mit
unter Ausschaltung des Zentrums die
neuergegebene durchzuführen. Dabei verschwin-
det die Nachlasssteuer entsprechend den Vorschlägen der Agrarier
aus dem Programm. An ihre Stelle tritt ein schwächerer
Ausbau der bisher bereits bestehenden
Reichs-erblichkeitssteuer; dies soll die einzige
Erhöhung des Vermögens sein, die dem Liberalismus den Vor-
zug liefert, nunmehr den indirekten Steuern rüchellos zu-
triften. Die Junker machen dabei das glänzende Ge-
schäft, das ihnen sonst als Pfänderchen auf ihre Munde-
beredsamkeit gelegt wird, bei der Spiritusbesteuerung solle,
aber ohne Monopol, die Besteuerung dauernd erhalten
bleiben.

Wenn dieser Plan durchgeführt wird, dann werden
unser schlimmsten Befürchtungen gerechtfertigt: nur Scheinbar
trifft auch den Volk eine geringe Belastung, in Wirklichkeit
muß die breite Masse des Volkes allein das ungeheure Opfer
einer erneuten Schröpfung bringen. Aber es kommt noch
etwas anderes hinzu, was uns diesen erneuten Versuch zur
Aufrechterhaltung der Blockpolitik höchst bedenklich erscheinen
läßt: man hört, daß die Regierung und die Konservativen die
Bedingung gestellt haben, die sogenannten kleinen
Steuern müßten nunmehr auch widerspruchlos hin-
genommen werden. In weiten Kreisen hatte man sich bereits
der Hoffnung hingegeben, die unsinnigen und gemeinschäd-
lichen Belastungen der Gas-, Elektrizitäts-, In-
ferat- und Plakatsteuern könnten definitiv als
abgetan gelten. Wir haben vor dieser allzurossigen Betrachtung
der Dinge wiederholt gewarnt und wollen nicht verfehlen,
gerade in diesem Augenblick nochmals nachdrücklich darauf hin-
zuweisen. Die Gefährlichkeit, die Brutalität der Volks-
belastung wird durch die erwähnten Verkehrssteuern bis zur
Unerschwinglichkeit gesteigert. Rechnet man zu ihnen noch die Ver-
teuerung der Telephongebühren und die geplante Ausdehnung
der Fahrkartensteuer auch auf die vierte Wagenklasse, dann
wird man gestehen müssen, daß dieser neue kampfshafte Ver-
such des verderblichen Bülowischen Regiments, sich am Kubel
zu erhalten, von geradezu verheerenden Einflüssen auf die
Lage der wirklich arbeitenden Bevölkerung begleitet sein wird.

Auf den „Abwands“versuch der Reichsfinanzreform, von dem
jetzt unter Berliner Mitarbeitern aus Reichstagskreisen berichtet
haben wir wiederholt als bevorstehende Wahrscheinlichkeit hin-
gewiesen. Schließlich, so führten wir mehrfach aus, werden sich
fast sämtliche bürgerlichen Parteien zu einem Groß-Block
zusammenfinden, um die neuen Steuern zu bewilligen. Zu diesem
Groß-Block aber ist die konservativ-agrarische Reaktion der stärksten
Trumpsch und die Liberalen sind die jämmerlichst Hineingelassen.
Die Konservativen haben zuerst die liberalen Blockparteien
ausgeschaltet und mit dem Zentrum die Nachlasssteuer
bestimmt. Nun sind sie gnädig genug, auch die Liberalen wieder
in die Gemeinschaft für die Volksbesteuerung aufzunehmen. Warum
sollten die Junker nicht so viel Mittel haben mit Herrn v. Bülow,
daß sie nicht erlauben sollten, den Schein seiner Block-
politik weiter erstickern zu lassen? Wenn Herr v. Bülow
in der Sache selbst den Junkerwillen erfüllt, so sind die
Junker so gnädig, seine Kanzlerkürsel und die konservativ-liberale
Paarung wieder ein Weiches sich schmeißen zu lassen.

Der Räder, der jetzt den Liberalen zugeworfen werden soll,
nennt sich „Ausbau der Reichs-erblichkeitssteuer“. Das heißt, es soll
die bisherige Steuer auf höhere Erbschaften engerer Ver-
wandten ein wenig erhöht werden, während die Steuer auf Erb-
ansätze in der direkten Linie, die allein ertragreich sein kann und
argen die sich der Widerstand der Konservativen richtet, in der
Verzehrung verschwindet. Außerdem sollen die Liberalen zum Ent-
gelt für das konservative „Opfer“ bei der Erbschaftsteuer die
Verbrauchssteuern ohne langes Murken nach konservativen Diktaten
genehmigen. Und die Liberalen — wenigstens ihre große Mehr-
heit — werden auf diesen Räder ansetzen. Aus Furcht, aus-
geschaltet zu werden! Aus Verzweiflung, daß statt ihrer das
Zentrum mit den Konservativen die Politik machen würde!

Noch niemals hat sich das Wejen der Bülowischen Blockpolitik
so vollständig offenbart als jetzt: Sie bedeutet die absolute Inter-
esslosigkeit der Liberalen vor den Konservativen. Aus ewiger
Angst, daß die Konservativen mit dem Zentrum gehen würden,
verhüten die Liberalen ihre letzten Selbstheilungsmittel, erfüllen sie
Stück um Stück das, was der Junker ihnen gebietet!

Der leittragende Teil dieser bürgerlichen Parteikonstellationen
ist aber das arbeitende Volk Deutschlands. Die
Regierungen forderten noch als Delorationsmaß ihrer 500-Millionen-
Forderung ein bloßes Nachlasssteuer. Die herrliche Block-
politik vermag selbst diese Delorationsmaß nicht zu erhalten. Die
Nachlasssteuer ist gefallen und das Ende von unendlichen „Finanz-
reform“-Witzworten lautet: Die ganze Steuerlast auf den Volks-
verbrauch, auf das Erwerbleben der wertvollen Bevölkerung!

Bülow setzt sich in Szene!

Das Scherl-Blatt, Bülow's getreues Revill, verkündigt:
Am Freitag den 26. Februar, vormittags, trafen in Berlin die
Blockparteien zusammen, um darüber zu beraten, wie ein Block-
kompromiß in den Hauptfragen der Reichsfinanzreform zu erzielen
sei. Nachherigen Vernehmen nach ist diese überraschende Wendung
getreten nachmittags durch das persönliche Eingreifen des Fürsten
v. Bülow herbeigeführt worden. Der Reichskanzler scheint be-
sonders auf die Konservativen mit Erfolg eingewirkt zu haben,
indem er ihnen zu verstehen gab, daß er nicht gewillt sei, bei dem
großen Werke der Reichsfinanzreform den Block beiseite zu schieben
zu lassen, in welchem Falle dann das Zentrum wieder in den Vorder-
grund treten würde. Auch heute vormittags hatte Fürst Bülow mit
den Führern der Blockparteien Besprechungen. Später konferierte
das Reichskanzler mit mehreren einzelstaatlichen Finanzministern.
Es soll bereits Aussicht für eine Einigung auf der Grundlage erreicht
sein, daß die Regierung die Nachlasssteuer fallen läßt, die Reichs-
erblichkeitssteuer dagegen weiter ausbaut und eine Reihe neuer

kleinerer Steuern in den Reformplan hineingibt. Man spricht
u. a. von einer Erhöhung des Kaffeesteuers. Eine vollständige Einigung
ist noch nicht erreicht, bietet aber gute Aussichten.

Die agrarischen Steuerdefraudanten.

Unsere Ausführungen über die eigentlichen Gründe, die
hinter der agrarischen Feindschaft gegen die Nachlasssteuer stehen,
werden jetzt durch Professor Delbrück bekräftigt. Die Steuer
an sich ist so beschaffen, daß der bestige Widerstand der Agrarier
unbegreiflich ist. Die Lösung des Rätsels liegt in der jetzigen
ungenügenden Einschätzung des Vermögens, die bei Einführung
einer allgemeinen Nachlasssteuer offenkundig zutage treten müßte.
Unter Berufung auf Steinmann-Buchers jüngst auch von uns be-
sprochene Broschüre kommt Delbrück zu dem Schluß, daß das
Privatvermögen in Preußen selbst bei weitgehenden Reduk-
tionen auf mindestens 166 Milliarden geschätzt werden müßte,
während die Steuerdeklaration nur etwa 100 Milliarden (91,6
Millarden zur Ergänzungsteuer veranlagt und rund neun
Millarden unter 6000 M.) ergebe. Die Unterdeklarationen nun,
die nach alledem offenbar viel weiter verbreitet sind, als man
bisher angenommen und zugegeben hat, glaubt Delbrück in be-
sonders hohem Maße gerade bei den Landwirten annehmen
zu dürfen. Er sagt:

„Die Unterdeklarationen haben bei Kaufleuten und Gemein-
treibenden infolge einer gewissen Grenze, als sie nicht den Kredit
schädigen dürfen; man nimmt sogar an, daß sie und da ein Geschäfts-
mann wohl sein Vermögen zu hoch angibt, in der Hoffnung, daß von
dieser Deklaration etwas rüber und dadurch sein Kredit gehoben
werde. Aber diese Methode der Kreditverschönerung ist doch zu kost-
spielig, um häufig zu sein, und sie entfällt völlig bei den Land-
wirten. Bei diesen spielt ihre Vermögensdeklaration für den
Kredit keinerlei Rolle; er hängt von ganz anderen Umständen ab.
Jeder Nachbar ist umfand, ebensowohl sich eine Meinung über den
objektiven Wert eines Landgutes zu bilden, wie die subjektive Wir-
ksamkeit des Besitzers einzuschätzen. Ganz umgekehrt, wer
sein Einkommen und sein Vermögen hoch deklariert, macht sich
dadurch in der Nachbarschaft unbeliebt, da man
sich, nach diesem Beispiel auch härter herangegangen werden zu
kann. Wir sind darüber die erblichsten Gesandten aus dem
Kreise von Gütern- und Schloßbesitzern erzählt worden. Die Ver-
einigungs-Kommissionen sind bei ihren Nachprüfungen
milde, denn an ihrer Spitze steht der Landrat, und der Landrat
ist durch Rücksichten der Politik wie der Karriere geneigter, es
mit seinem Kreise, das heißt den Grundbesitzern, nicht zu verderben.
Versteht man nunmehr, weshalb man in gewissen Kreisen, und
namentlich in agrarischen, findet, daß die Nachlasssteuer die
Heiligkeit des Familienlebens antastet? Es ist ja
nicht bloß der materielle Verlust, der entsetzt, wenn bei
der Schätzung des Nachlasses durch den Reichssteuerinspektor heraus-
kommt, um wieviel das Einkommen der Vermögen bisher zu
gering deklariert worden ist, sondern es ist auch, ganz ohne Ironie
gesprochen, moralisch peinlich für die Hinterbliebenen, so
gegen den Erblasser, den Vater oder die Mutter, als Zeugen ange-
rufen zu werden.“

Der öffentlichen Meinung aber kann die Tatsache, daß die be-
stehenden Klassen in Preußen fast 166 Milliarden nur 91,653
versteuern, nicht laut genug ins Ohr gerufen werden.“

Lehren der deutschen Kriminalstatistik.

Das mit der Verschärfung des Kampfes um die
Existenz eine Zunahme der Verbrechen und Vergehen verknüpft
ist, beweist die Vermehrung der Eigentumsverbrechen in Zeiten
wirtschaftlicher Depression. Ein in begünstigten Vermögens-
verhältnissen lebender Staatsbürger wird in der Regel viel
weniger Neigung zum Diebstahl haben als ein vom Hunger
gepeinigter armer Schläger. Es ist daher eine gedankenlose
Redensart latter Moralisten und Phariseer, zu verurteilen, die
„Welt“ würde „immer schlechter“. Die im Band 185 der
Statistik des Deutschen Reiches loeben veröffentlichte Kriminal-
statistik verzeichnet allgemein von 1892 bis 1906 eine
Zunahme der wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichs-
gesetz verurteilten Personen von 315 894 auf 524 113, was
unter Berücksichtigung der Ziffer der strafmündigen
Zivilbevölkerung eine Vermehrung von 29,4 Proz. bedeutet.
Dabei ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß in dem
betreffenden Zeitraume eine ganze Menge neuer Gesetze mit
Strafbestimmungen erlassen wurde; erinnert sei nur an das
Gesetz betr. die Bestrafung des „unlauteren Wettbewerbs“.
1906 sind allein 21 291 Personen wegen Vergehen
gegen die Arbeiterschutzbestimmungen
verurteilt worden, davon 62 mit Beweis, 21 181 mit Geldstrafen,
20 mit Haft und 28 mit Gefängnis. Wegen Vergehen gegen
das Arbeiterschutzgesetz wurden 3296 Personen verurteilt. 1882
bestanden die meisten dieser Verurteilungen sozialpolitischen Ge-
setze und Verordnungen noch nicht. Die Vermehrung der Ver-
urteilungen ist also gütenteils auf eine erst in neuerer Zeit
vorgenommene Gesetzverschärfung zurückzuführen.

Die Behauptung, das Volk würde „immer zuchtloser“,
womit die Scharfmacher die sozialistische Propaganda treffen
möchten, wird widerlegt durch eine sehr wichtige kriminalistische
Konstatierung. Die Zahl der zu Zuchthaus Verurteilten
ist seit 1882 um 55,6 Prozent zurückgegangen, die
Zahl der zu Gefängnis Verurteilten ist um 16,7 Prozent, bei den jugendlichen
besonders seit 1889
um 15,9 Prozent zurückgegangen! Danach steht fest,
daß sich die schweren Verbrechen in erfreulich starkem Maße